

Antrag-Nr.: 18
zu TOP: 7
Rasterpkt.: Allg. Gesundheitspolitik

A N T R A G zur Hauptversammlung vom 7. bis 9. Oktober 2010 in Erfurt

Antragsteller: Landesvorstände

Landesverband: Bayern, Westfalen-Lippe, Nordrhein, Thüringen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz

Headline: Mehrkostenvereinbarungen für alle Leistungsbereiche der Zahnmedizin öffnen

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Hauptversammlung des FVDZ fordert den Gesetzgeber auf, im Interesse einer
2 höherwertigen Patientenversorgung den § 28 Abs. 2 SGB V dahingehend zu modifi-
3 zieren, dass Mehrkostenregelungen in allen Bereichen der Zahnheilkunde möglich
4 werden.

5 Die zahnärztlichen Körperschaften werden aufgefordert, dies aktiv zu unterstützen.

6

Begründung:

8 *Jedem Patienten soll und muss eine Alternative zu der „ausreichend, zweckmäßig*
9 *und wirtschaftlichen“ Versorgung ohne Verlust der Kassenleistung zugänglich sein.*
10 *Hiermit wird die Eigenverantwortung und Freiheit der Patienten gestärkt und der Zu-*
11 *gang zu einer modernen Zahnheilkunde für alle Versicherten erreicht.*

12 *Die Mehrkostenregelung bei der Füllungstherapie hat sich seit vielen Jahren bestens*
13 *bewährt.*

Abstimmung: mit großer Mehrheit bei 6 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen